



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das preußische Abgeordnetenhaus und die Militärfrage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

zeln predigen seine Anhänger die Unduldsamkeit, und die Religion der Liebe droht zu einer Religion des Zwistes verkehrt zu werden. In der That rasche Abhülfe thut Noth.

Wir erklären noch, daß unsers Wissens und festen Dafürhaltens die fast einstimmige Mehrzahl unserer Glaubensbrüder im Fürstenthume sich zu den vorstehenden Grundsätzen bekennt und daß lediglich die Furcht vor Maßregelungen des Consistoriums und die Scheu, an die Oeffentlichkeit zu treten, vielleicht auch der Gedanke, gegen das Consistorium doch nichts auszurichten, unsere nicht vertretenen Glaubensbrüder von der Betheiligung an dieser Adresse zurückgehalten hat. Eine Befragung der Gemeinde durch die weltlichen Kirchencommissarien wird die Wahrheit vorstehender Behauptungen ins klarste Licht stellen.“ —

Wir theilen diese Adresse zunächst wegen ihres Inhalts, dann aber auch deshalb mit, weil sie mit ihrem tapfern Ton ein Zeichen der Zeit ist.

Die Sprache, die sie spricht, ist sehr deutlich. Einige Stellen sind, was man bei uns zu Lande hagebüchen nennt. Statt der von uns mit Ausrufungszeichen begleiteten Ausdrücke hätten wir andere gewählt, schon weil uns die hier bekämpfte Richtung mehr zu humoristischen Betrachtungen als zur Entzündung reizt. Dem protestantischen Geist des norddeutschen Volkes werden jene deutschen Puseyiten auf die Dauer nichts anhaben können. Das Münchmeyer'sche Dunkelmännertum predigt sich selbst die Kirchen von allen Vernünftigen leer, und auf die Andern kommt nicht viel an. Wozu sich also echauffiren? Wohl aber werden die, welche den Herren von oben herab Vorschub leisten, sehr bald inne werden, wie sehr sie sich dadurch die Geister auch auf politischem Gebiete entfremden. Die Unterzeichner der Adresse sind Bauern, der conservativste Theil des Volkes, und sie reden hier in einem Ton, wie er vor gesicherten Thronen fast unerhört ist. Sapienti sat!

Das preussische Abgeordnetenhaus und die Militärfrage.

Während diese Zeilen geschrieben werden, bringt fast jede Stunde neue Gerüchte über die Krisis, in welcher das Verfassungsleben des preussischen Staates schwebt. Solche Zeit ist ungünstig für ein ruhiges Urtheil, aber es ist

1881. VI. 1881

gerade jetzt Pflicht jedes Blattes, seiner Ueberzeugung entschiedenen Ausdruck zu geben, zumal nicht zu erwarten ist, daß der Conflict zwischen Regierung und Volksvertretung auch durch eine jetzt bevorstehende Umgestaltung des Ministeriums beendet wird.

Die leidenschaftliche Theilnahme, mit welcher auch außerhalb Preußens die Commissionsverhandlungen und der Beginn der Militärdebatte verfolgt wurden, war längere Zeit nicht frei von der Besorgniß, daß die Opposition, reich an junger ungeübter Kraft, durch aufgeregte Stimmung des Volks in die Kammern geschendet, fortwährend gereizt durch grollende Aeußerungen der Regierungskreise, bei der Debatte im Plenum an einer von den Klippen anstoßen würde, welche gerade die Militärfrage darbot. Diese Befürchtung ist durch die Verhandlungen der vergangenen Woche glänzend widerlegt worden, die Haltung der Opposition war im Ganzen betrachtet würdig und taktvoll. Sie vermied den Geldpunkt vorzugsweise zu betonen, sie vermied auf das technische Detail einzugehen, sie hielt ihre Redner in guter Zucht, fast jede der gesprochenen Reden popularisirte einige Wahrheiten in eindringlicher Weise. Die Wirkung des parlamentarischen Kampfes entsprach dieser Behandlung. Die Schwäche des Ministeriums, die Unhaltbarkeit seiner gegenwärtigen Zusammensetzung wurde der Krone fühlbar, wie sie es schon längst dem Volke gewesen war. Die Consequenz der Abstimmungen erschütterte, auch wo sie schwer verlegte, die ganze Verhandlung hat wesentlich dazu beigetragen, die Bedeutung und Wucht der preussischen Volksvertretung auch denen imponirend zu machen, welche dem Resultat der Abstimmungen bitter zürnten.

Wie lebhaft aber auch das Interesse in Deutschland an den Partekämpfen der Preußen ist, Autorität und Macht, Einfluß und Bedeutung des preussischen Staates für die letzten Interessen Deutschlands stehen uns höher. Wir beurtheilen die Parteien nach der Einwirkung, die sie auf die Stimmung in Deutschland auszuüben im Stande sind. Von diesem Gesichtspunkte aus hat auch dies Blatt im Frühjahr die Auflösung der altliberalen Partei als eine unvermeidliche Nothwendigkeit bedauert, die Bildung der nationalen Partei mit Freuden begrüßt. Es ist sehr zu wünschen, daß sich Niemand in Preußen der Ueberzeugung verschließen möge, daß sich in dieser neuen Partei, welche allerdings ihre Vereinigung und Organisation noch nicht ganz beendet hat, auf längere Zeit der größte und frischeste Theil der Volkskraft concentriren wird. Sie ist nicht gleich dem Schaume einer brandenden Küste über das preussische Land geschleudert, und sie wird nicht in den Strahlen einer volksthümlichen Majestät vertrocknen, sie stellt in der That eine Majorität der Volksstimmungen dar und wird für alle nächsten Entwicklungsphasen der Hauptfactor sein, dessen Zuneigung jede verständige Regierung suchen, dessen Unterstützung sie nicht ohne Gefahr entbehren wird. Auch wer durch seine persönlichen Sympathien auf Seite

der Altliberalen oder Conservativen gestellt ist, soll das nicht verkennen, sich selbst einer unwillkommenen Nothwendigkeit fügen. Es ist Zeit, daß das Gezänk und gegenseitige Beargwöhnen in der Presse der sämtlichen Fractionen aufhöre, und daß die Altliberalen sich aufrichtig mit der nationalen Partei versöhnen. Denn als die frühere liberale Majorität von einem Theil der alten Führer verlassen wurde und als die Unsicherheit ihrer Minister bewirkte, daß die Partei im Volk selbst das Vertrauen verlor, da war es ein Glück für Preußen, daß eine neue liberale Organisation die Führung übernehmen konnte, eine Partei, noch unfertig und keineswegs ohne Mängel, aber eine solche, welche die letzte Quelle aller parlamentarischen Kraft, Zutrauen und Sympathien der Bevölkerung nicht nur zu gewinnen, auch geschickt zu behaupten wußte, und welche den Kampf in einem Augenblick aufnahm, wo eine rücksichtslosere Opposition zum Heil des Staates nothwendig war. Es ist leicht, die Schwächen dieser neuen Partei zu übersehen, sie enthält noch einige Elemente, denen man das Prädicat politischer Gesundheit nicht ohne Vorbehalt geben kann, sie ist vielleicht noch ebenso zu ängstlich bemüht, sich dem unsichern Tagesurtheil der Menge anzubequemen, wie die altliberale Partei zu sehr versäumt hat, sich mit ihren Wählern im Einverständniß zu erhalten; mehren ihrer Führer fehlt vielleicht noch etwas von der Ruhe und Sicherheit des politischen Urtheils, welche durch längere Beschäftigung mit großen Staatsfragen gewonnen wird, aber so wie sie ist, besteht sie als ein volksthümliches Product der Vergangenheit und Gegenwart Preußens. Der Politiker aber hat mit den vorhandenen wirklichen Größen zu rechnen, nicht mit idealen. Die politische Verkümmernng, an welcher Preußen durch fast vierzig Jahre seit den Freiheitskriegen gelitten hat, wird nicht nur in den Regierungskreisen fühlbar, das ganze Volk hat darunter gelitten. Nicht die Redlichkeit, der Eifer, die Hingabe an die Interessen des Staates haben in Preußen abgenommen, wohl aber ist die Einsicht nicht immer groß genug, und dem politischen Charakter fehlt noch eine gleichmäßige Entwicklung, theils der Besonnenheit, theils der Energie. Das sind politische Mängel, an denen wir Alle unser Theil haben, gegen die jeder Einzelne kämpfen muß. Aber die gute Zuversicht darf uns darum doch nicht fehlen; denn wie ungeübt die politische Tüchtigkeit des Volkes auch sei, sie ist in reichem Maße vorhanden. Gerade jetzt haben die letzten Maßregeln der Regierung eine Annäherung zwischen den liberalen Parteien des Hauses bewirkt; es ist sehr wünschenswerth, daß ihr ein gemeinsamer Plan und einmüthiges Handeln folge. Denn erst der offene Beitritt sämtlicher Altliberalen im Hause und Volke, welche in Wirklichkeit noch das Recht haben, sich zu dieser Fraction zu zählen, wird der nationalen Partei die volle Kraft geben, deren die Majorität der preußischen Volksvertreter jetzt dringend bedarf.

Denn der Widerstand der höchsten Staatsgewalt gegen die Forderungen der

Opposition setzt den Staat in eine neue Gefahr. Nicht ohne Sorge muß bereits die Majorität des Hauses auf die zuchtlosen radicalen Elemente blicken, welche im Volke selbst das Haupt emporheben. Keine erwähnenswerthe Namen und, so weit sichtbar, keine politischen Talente, aber überall Persönlichkeiten, welche einem Pessimismus und republikanischen Wallungen ungestümen Ausdruck zu geben suchen. Es wäre noch kein großer Nachtheil, wenn, wie bei fortdauernder Krisis zu erwarten steht, die nächsten etwa bevorstehenden Wahlen zehn bis zwölf solche Entschlossene unter die Vertreter des Volkes senden sollten, aber es ist vorauszusehen, daß bei einem Beharren der Krone auf der betretenen Bahn allmählig eine gewisse Verzweiflung an der Möglichkeit der gesetzlichen Entwicklung auch in dem Volke überhandnehmen und die republikanischen Stimmungen populärer machen wird. Eine solche Eventualität wird nur dann ungefährlich, wenn die gesammte politische Intelligenz des Volkes zu einer großen zusammenwirkenden Partei verschmilzt.

In der Militärfrage selbst, der Veranlassung des schwebenden Conflicts, steht unzweifelhaft die große Majorität des Volkes auf Seiten der verwerfenden Majorität. Allerdings aus sehr verschiedenen gemüthlichen Motiven: Furcht vor Steuerdruck, Groll gegen die privilegierte Stellung des Offiziercorps im Staate, Pietät gegen die Idee der Landwehr, Abneigung gegen das gegenwärtige Ministerium. Aber wir meinen, daß die Festigkeit der Opposition zugleich die beste politische Berechtigung hat. Denn nur ein entschlossener Widerstand gegen eine Forderung, welche einmal durch ausgezeichnetes Ungeschick in ihrer Behandlung entschieden unpopulär geworden ist, vermag der Volksvertretung in Preußen, gegenüber einflußreichen Stimmungen, die Stellung zu geben, welche zum Wohl des Staats unentbehrlich ist. Das noch bestehende Ministerium vermochte nicht Preußens Ansehen in Europa aufrecht zu erhalten, es vermochte nicht, die nothwendigsten innern Reformen durchzuführen, es vermochte es schon deshalb nicht, weil es das Vertrauen des Volkes unwiederbringlich verloren hatte. Es darf aber in Preußen keine Regierung, welche in Feindschaft mit der großen Majorität des Volkes und seiner Vertreter dahinlebt, conservirt werden, ohne den Staat in die größten Gefahren zu setzen, es darf fortan auch keine neue Regierung gebildet werden, welcher nicht dies Vertrauen zur Stütze wird.

Ob die Militärfrage die beste Kampfstätte war, um eine Wahrheit zur Geltung zu bringen, auf welcher die ganze Zukunft Preußens ruht, das zu untersuchen, ist unnütz geworden. Die Frage war einmal da, durch eine Reihe von Zufällen und Regierungsfehlern war sie zur brennenden Frage geworden. Dem starken Anwillen des Volkes über einzelne Militärexcesse und über die ministerielle Behandlung der Organisationsfrage verdankten die Männer der Opposition zum großen Theil ihre Wahl zu Volksvertretern. Schon dadurch

war ihre Politik bestimmt, sie durften in dieser Frage nicht nachgeben, sie müssen den Kampf durchführen, wenn sie nicht sich selbst vernichten und, was wichtiger ist, das Vertrauen des Volkes zu seiner guten Sache vernichten wollen.

Nun sind wir allerdings der Meinung, daß der Stavenhagen-Zwesten'sche Antrag in der Sache selbst, d. h. in der Militärorganisationsfrage, das etwa jetzt Erreichbare zweckmäßig formulirte, so sehr wir überzeugt sind, daß die Ersparnisse, welche durch ihn bewirkt werden könnten, schon durch die nächsten der Opposition wünschenswerthen Verbesserungen, z. B. Erhöhung des Tractaments, des Servises und durch bessere Stellung des Unteroffiziercorps vollständig aufgewogen werden würden. Auch hätte es andere Uebelstände der preussischen Heeresorganisation gegeben, welche für einen ausöhnenden Vermittlungsvorschlag ebenso gut geeignet waren, z. B. Aufhebung der ausgedehnten Militärgerichtsbarkeit. Aber das Hauptziel des Kampfes war durchaus nicht ein momentaner Vergleich, der mit dem gegenwärtigen Ministerium geschlossen wurde, sondern die Beseitigung des nach jeder Richtung unzeitgemäßen Ministeriums selbst, ein Ziel, welches zu erreichen im wahren Interesse des Staates lag. Es war deshalb durchaus richtige Taktik der Fortschrittspartei, daß sie zur Zeit auf einen sachgemäßen Compromiß nicht einging. Festhalten war das Einzige, was sie thun konnte und durfte. Daß sie nicht in einer parlamentarischen Schlacht erreichen würde, was für Preußen die beste Hülfe wäre, einen völligen Umschlag der Stimmungen in den höchsten Kreisen, das war vorauszu sehen. Noch ist sie weit vom Siege entfernt, ja sie steht erst im Anfang der ernstesten Verwickelungen. Aber gerade deshalb muß jetzt fester, consequenter gesetzlicher Widerstand ihre Politik sein. Es handelt sich in Preußen sicher nicht darum, ob Krone, ob Parlament, sondern darum, ob das erlauchte Haus der Hohenzollern mit dem Volk oder ohne Volk regieren kann. Im ersten Fall wird es Freude, Stolz, Hoffnung Deutschlands, eine maßgebende Stimme im Rathe Europa's, im andern Falle ein deutsches Fürstengeschlecht, wie andere auch, nur in weit gefährlicherer Stellung. Für das preussische Königthum, seine Dauer und seine höchsten Aufgaben kämpft jetzt die Opposition, und am besten, wenn sie fest bleibt.

Aber eine Bitte legen wir den Mitgliedern der Majorität an das Herz. Sie betrifft die Organisation des Heeres selbst. Wenn der Zeitpunkt kommt, wo eine Versöhnung mit der Regierung möglich und für besonnenes Urtheil geboten ist, dann möge die nationale Partei der preussischen Volksvertreter die schwierige Frage der Militärverfassung so behandeln, wie ihre Haltung in der letzten Debatte war, mit Mäßigung.

Die Aufregung in der letzten Zeit hat das Auge für Mängel der preussischen Heerverfassung sehr geschärft, und die Preußen scheinen zuweilen zu vergessen, wie vortrefflich trotz aller einzelnen Uebelstände auch jetzt noch die

letzten Grundlagen der preussischen Heerverfassung sind. Die allgemeine Dienstpflicht ohne Stellvertretung, die kurze Dienstzeit, mag diese nun $1\frac{1}{2}$ oder $2\frac{1}{2}$ Jahr dauern, und die tüchtige technische Bildung des Offiziercorps müssen ihnen noch immer von jeder Nation Europa's beneidet werden, Frankreich nicht ausgenommen. Es ist wahr, Vieles bleibt zu wünschen übrig, um das Heer mit der fortgeschrittenen Entwicklung des Staatskörpers in Einklang zu bringen, aber ebenso deutlich ist, daß die Umänderungen zum Theil nur langsam als nothwendige Consequenz nationaler Fortschritte sich entwickeln können, und daß bei dem größten Theil derselben nicht der Landesvertretung, sondern einem Ministerium, zu welchem die Kammer Vertrauen hat, die Initiative überlassen werden muß.

Deshalb darf es auch ferner nicht die Höhe des Militäretats an sich sein, wogegen die Opposition ankämpft. Wenn günstige Sterne früher oder später der gegenwärtigen Opposition die Leitung der Geschäfte in die Hand geben, dann würde dieselbe weit mehr als 41 Millionen für das Heer beanspruchen müssen und mit gutem Grunde. Und das Volk wird die vergrößerte Steuerlast sehr wohl tragen, ohne zu verarmen. Denn was an Steuern in Preußen etwa jetzt drückt, ist doch nicht die Steuerlast überhaupt, sondern die Vertheilung derselben, der verhältnismäßig geringe Procentsatz, welchen die Grundsteuer im Verhältniß zur Gewer- und Einkommensteuer ausmacht, ferner die verhältnismäßige Langsamkeit des industriellen Fortschritts in den östlichen Grenzprovinzen, welchen durch russische Zölle, österreichische Valuta und die Vernachlässigung ihrer Flußwege die Kraft gelähmt ist, endlich die Hindernisse, welche das Dahinsiechen des Zollvereins einer starken Zunahme der Finanzzölle in den Weg legt. Daß aber Preußen einen höhern Etat für seine Wehrbarkeit erhalten muß, wird aus den Forderungen deutlich, welche alle liberalen Fractionen mit gutem Grunde erheben. Die Regierung gibt sich jetzt Mühe, 63,000 Mann jährlich einzustellen, wir fordern militärische Ausbildung der gesammten waffenfähigen Jugend des Jahres, Einstellung von etwa 80,000 Mann. Allerdings muß es möglich sein, dies in möglichst kurzer Dienstzeit zu bewirken, und daß eine systematische Vorbildung der Jugend wesentliche Hülfe für Verkürzung der Dienstzeit werden könne, steht zu hoffen. Aber sicher wird mehr als ein Jahrzehnt, vielleicht ein Menschenalter, hingehen, bevor solche Vorbildung in genügender Weise bei unsern Dorfbewohnern durchgeführt wird, auch dann wird die Kürze der Dienstzeit eine Grenze haben, unter welche im Interesse eines disciplinirten und waffentüchtigen Heeres nicht herabgegangen werden darf. Deshalb wird eine Verminderung des sogenannten stehenden Heeres zuverlässig auch dann nicht eintreten, wenn die Führer der gegenwärtigen Opposition einmal die Ministerstühle besetzen sollen. Aber auch die neu gebildeten Bataillone werden bei noch stärkerer Rekrutenaushhebung

mehr als vollauf zu thun haben, die Ausbildung der Mannschaft zu bewältigen und dabei die eigene Feldtuchtigkeit zu bewahren. Die Zahl der Unteroffiziere und Offiziere, schon jetzt kaum ausreichend, wird bei der besten Methode sie selbst zu ziehen und bei der vollsthümlichsten Organisation nach einer so beträchtlichen Vermehrung der Mannschaft nicht ausreichen. Das alles sind sehr nahe liegende Betrachtungen, die Jedermann in Preußen anzustellen vermag. Es ist in der Ordnung, daß die Opposition jetzt keinen Grund hat, dergleichen Erwägungen auszusprechen, aber sie würde sich selbst in gefährlicher Weise ihre Zukunft bedrohen, wenn sie in der guten Stunde eines Compromisses die Kosten und die Vermehrung der Cadres zum Mittelpunkt eines Widerstandes machen wollte.

Der Uebelstand der neuen Heeresorganisation ist im Ganzen betrachtet nicht der, daß sie zu viel, sondern daß sie zu wenig gefordert hat, daß sie noch nicht genug leistet, um den Preußen die volle Waffentuchtigkeit zu geben, und daß den maßgebenden Gesichtspunkten die Größe gefehlt hat, welche Wärme und Sympathien des Volkes aufzuregen vermag.

Das freilich sind Erwägungen und Wünsche für die Zukunft. Was zunächst geschehen wird, ist ganz unberechenbar. Ein Eingehen der Regierung auf die Wünsche des Volkes ist zur Zeit noch höchst unwahrscheinlich. Mit kleinen Concessionen aber ist gegenwärtig eine Versöhnung nicht möglich. Was aber auch geschehen möge, wir in Deutschland haben das feste Vertrauen, daß die Parole des preußischen Volkes bleiben wird: loyal, aber fest.

Neue Nachrichten aus dem Mormonenlande.

Wir haben in frühern Jahrgängen*) ausführlich über die Geschichte und die Lehre der Mormonen berichtet, und später noch Auszüge aus dem Berichte Dr. Schiels über seinen Besuch in Utah gegeben. Seitdem sind in Remys „Voyage au Pays des Mormons“ (Paris, 1860) und in Burtons „The City of the Saints“ (London, 1862) neue Mittheilungen über dieses merkwürdige

*) Im 14. Jahrgange der Grenzboten.